

New-Opel Wahl-Versprechungen

Der Konzernpoker um Opel hat ein erstes Ergebnis gebracht, doch die Opel-Belegschaft blickt nach wie vor in eine ungewisse Zukunft.

Vergangenen Dienstag hat der Autokonzern General Motors (GM) entschieden, dass er 55 Prozent seiner Anteile an der Opel AG an den österreichischen Automobilzulieferer Magna und dessen Partner, die russische Sberbank, verkaufen wird. An der neuen Gesellschaft "New Opel" wird allerdings GM mit 35 Prozent beteiligt bleiben. Die Belegschaft soll mit ihren "Einlagen" 10 Prozent übernehmen. Die Bundesregierung will dem Magna-Konzern 4,5 Milliarden Steuergelder als Direktkredit geben.

10 Prozent Aktien-"Einlagen" bedeutet für die Beschäftigten in den kommenden fünf Jahren auf 1,5 Milliarden Euro Lohn zu verzichten. Für die Belegschaft ist dies ein Risiko in zweifacher Hinsicht. Lohnverzicht hat noch nie Arbeitsplätze gesichert, das zeigte sich schon nach wenigen Tagen. Magna erhöhte die Zahl der Stellenstreichungen von anfangs 3 000 innerhalb weniger Tage auf 4 600.

Zweitens hat die Belegschaft bei 10 Prozent der Aktien noch lange kein Mitspracherecht im Aufsichtsrat bei Standortschließungen und Massenentlassungen. Der Bochumer Opel-Betriebsratsvorsitzende Rainer Eienkel forderte jetzt als Gegenleistung für den Abbau von Stellen und Lohneinbußen mehr Mitbestimmungsrechte: "Wir sind bereit, einen Beitrag in Milliardenhöhe zu erbringen."

Dafür verlangen wir für die Zukunft ein Vetorecht, was Themen wie Stellenabbau, Verlagerungen von Produktion oder Werksschließungen angeht." Das ist im wesentlichen Bestandteil des VW-Gesetzes. Das VW-Gesetz beinhaltet z. B.: "Die Errichtung und die Verlegung von Produktionsstätten bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats." Da kein VW-Aktionär mehr als 20 Prozent der Stimmrechte ausüben kann, auch wenn er mehr Anteile besitzt, kann er somit nicht automatisch seinen unternehmerischen Willen durchsetzen. Damit kann die Errichtung oder die Verlegung von Produktionsstandorten nach wie vor nicht gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erfolgen. Das VW-Gesetz ist also ein kleiner Eingriff in die Verfügungsgewalt des Kapitals. Die Ausweitung des VW-Gesetzes (ohne Lohnverzicht) auf andere Konzerne, wie z. B. Opel, könnte für die Gewerkschaften ein erster Schritt für gemeinsame Aktionen zur Einschränkung der Unternehmermacht sein.

4,5 Milliarden Euro Steuergelder hat die Bundesregierung als Staatshilfe gegeben für ein "Versprechen", nicht für einen Vertrag, damit die deutschen Opel-Standorte erhalten bleiben. 4,5 Milliarden für sichere Arbeitsplätze, behauptet Kanzlerin Merkel. Wohl eher

4,5 Milliarden Euro für unsichere Wählerstimmen. Die Regierungsparteien wollen sich über den 27. 9. retten. Denn was nach der Bundestagswahl auf die Opel-Beschäftigten und uns alle zukommt, lässt sich an fünf Fingern ablesen. 10 500 Arbeitsplätze will Magna in Europa vernichten, davon mittlerweile 4 600 Arbeitsplätze in Deutschland. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber forderte umgehend von Magna die Einhaltung der bisherigen Jobversprechen für die deutschen Standorte, verlor jedoch kein Wort zu den europäischen: "Wir erwarten von Magna die Einhaltung der gemachten Zusagen. Das gilt vor allem für die Zahl der Arbeitsplätze und den Erhalt der Standorte. Magna muss jetzt seine Seriosität unter Beweis stellen."

Doch sind Konzerne seriös und wie seriös sind die Vertragsentwürfe mit Magna? Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung waren die Verträge noch nicht unterschriftsreif. Denn GM fordert neben einem Vorkaufsrecht für Opel, die Hälfte der acht Vorstandsposten und erklärte den Vertrag erst zu unterschreiben, wenn die Arbeitnehmervertreter bei Opel den vereinbarten Lohnverzicht schriftlich bestätigen und die Bundesregierung ein "definitives Finanzierungspaket" vorlegt. Steuerzahler und Beschäftigte sollen den Konzernpoker mit jeweils 4,5 Milliarden Euro und 1,5 Milliarden Euro bezahlen. Wenn "wir" zahlen, warum sollen wir dann nicht bestimmen? Warum also dann nicht gleich Opel vergesellschaften?

Wolfgang Teuber

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)